

Rekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für männliche Mitglieder auf 10 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 5 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Knobelsstadt beschlossen und von uns genehmigt worden.

Die Erhöhung tritt von Woche 44 ab in Kraft.

2. Die Berichtskarten für das Statistische Amt (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Sollten die Karten bis zum 28. Oktober irgendwo nicht angekommen sein, bitten wir um schnelle Nachricht.

Als Stichtag für die Fällung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 28. Oktober in Betracht. Die Berichtskarten sind spätestens bis zum 6. November an uns einzufenden.
Der Verbandsvorstand.

Verstopft die Quellen der Unzufriedenheit!

So müssen wir immer wieder den Regierenden zurufen. Gewiß wissen wir, daß der englische Auslieferungungsplan die Quelle unserer Nahrungsorgen ist, allein daneben wird doch von gewissenlosen Lebensmittel- und anderen Wucherern so viel geschändigt, an dem arbeitenden Volke insbesondere, daß es zum Himmel stinkt. Und gegen die Wucherer aller Art müßte mit rücksichtsloser Energie eingeschritten werden. Geldstrafen nützen da gar nichts, sondern nur schwere Gefängnisstrafen können da besser wirken. Was macht sich so ein Wucherer, der vorher Zehntausende verdient hat, daraus, wenn er ein paar hundert oder tausend Mark an Strafe zahlen muß? Er lacht solcher Strafen und gelobt sich höchstens, es das nächste Mal schlauer anstellen zu wollen, wenn „ein neues Ding gedreht“ wird.

Unser deutsches Volk hat mit bewundernswürdiger Geduld und Standhaftigkeit bisher alle Leiden des Krieges getragen. Es weiß sehr wohl, daß es sich in diesem Kriege um Leben und Tod, um seine ganze Zukunft handelt, daß es daher die notwendigen Kriegsteuern — aber nur diese! — mit in den Kauf nehmen muß, um sich seine Zukunft als freies und gleichberechtigtes Volk zu sichern, damit es nicht etwa so „beschnitten“ wird, wie jetzt das arme Griechenland und vor diesem die Türkei, als die „Besitzer“ der kleinen Völker ein Stück nach dem andern aus seinem Fleische herauszuschneiden ließen.

Aber so sehr das Volk für seine Freiheit nach außen mit Gut und Blut in heldenmütiger Weise eintritt, um so weniger will es den Wucherern im eigenen Lande ausgeliefert werden. Es darf daher hinfort nicht mehr vorkommen, daß die Lebensmittel zu unerhörten Preisen hinaufgetrieben werden, daß bei jeder Höchstpreisfestsetzung die betreffende Ware vom Markt verschwindet, daß hochgeborene Herren die jetzigen Wucherpreise dadurch zu vereinigen trachten, daß sie beispielsweise Gemeinden zu sechsjährigen Verträgen auf Milchlieferung pressen wollen, unter einem Wucherpreis, der den Höchstpreis um 6 Pf. übersteigt, daß sie ihr Jagdvergnügen sich von den Vermissten durch immer höhere Wildpreise teuer bezahlen lassen, daß mit einem Wort vielfach vom Erzeuger bis zum letzten Kleinhändler jeder aus der Not des Volkes Reichtümer oder doch ganz ungerechtfertigte Gewinne zu schöpfen trachtet.

Verstopft, ihr Herrschenden, diese und andere Quellen der Unzufriedenheit, und ihr werdet nicht nur dem arbeitenden Volke, sondern dem gesamten Vaterlande den größten Dienst erweisen!

Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.

Warnung für Briefschreiber, die an gefangene Angehörige im feindlichen Ausland schreiben. Von geschätzter Seite geht uns ein Flugblatt zu, das von französischen Fliegern in die deutschen Schützengräben geworfen wurde. Es enthält in Facsimile, also in genauer Nachahmung, Briefe und Postkarten, die von Angehörigen deutscher gefangener Soldaten nach Frankreich verschickt worden und voll Klagen über die mangelhafte Lebensmittelversorgung in Deutschland sind. Nebst manchen Wahrheiten enthalten die Briefe allerlei Ueberreibungen, die auf das entschiedenste beurteilt werden müssen, wie überhaupt diese Klagebriefe nicht nur völlig nutzlos sind,

sondern schädlich und nur kriegsverlängernd wirken. Über daran zweifelt, der braucht nur die Vorbermerkung auf dem Flugblatt zu lesen, welche von den Franzosen zu dem Zwecke verfaßt ist, um unsern tapfern kämpfenden Brüdern die Nutzlosigkeit ihres Widerstandes gegen englisch-französische Angriffe klarzumachen, da Deutschland sowieso durch Hunger bald gezwungen würde, sich für besieg zu erklären. Dieser Glaube ist tatsächlich in Frankreich stark vertreten und wird von den Regierenden genährt, um die französische Bevölkerung von ihrer Friedenssehnsucht abzuhalten. Dazu dient die Verörtlichung solcher Briefe von deutschen Kriegerangehörigen; sie wirken also kriegsverlängernd, weil andererseits die Friedenssehnsucht in Frankreich so stark werden würde, um die Regierenden zu zwingen, von ihren weitgehenden Eroberungs- und Vernichtungsplänen gegen Deutschland abzurufen.

Und welche Wirkung haben derartige Klagebriefe auf die deutschen Gefangenen? — Das ist doch ganz klar zu erkennen: zu ihrem nicht beneidenswerten Glück als Gefangene gefällt sich noch die Qual und Sorge um ihre Angehörigen, ohne daß sie auch nur im geringsten insstande sind, an deren Lage etwas ändern zu können. In allem, was man tut, sollte man die Wirkung seines Tuns bedenken. Darum laßt ab von solcher unheilvoller Briefschreiberei! Vergeht nicht, daß die Quelle unserer Nahrungsorgen der englische Auslieferungungsplan ist, der leider durch gewissenlose Lebensmittelwucherer befordert wird.

Neue Wege zur Unterbringung der Kriegsbeschädigten. Jetzt, da die amtlichen Organisationen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge mehr als ein volles Jahr ihrer Tätigkeit hinter sich und reiche Erfahrungen gesammelt haben, werden schon mancherorts recht lehrreiche Konsequenzen aus den gesammelten Erfahrungen gezogen. Ganz besonders lehrreich ist da, welche Lehren die Arbeitgeber der Rheinprovinz aus diesen Resultaten ziehen: In einem Aufruf, den der Tätigkeitsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge (Präsident: Wirk. Geh. Oberregierungsrat von Kenders, Landeshauptmann der Rheinprovinz) soeben versendet, wird zunächst mitgeteilt, daß dank der verständnisvollen Mitwirkung aller Kreise, auch der Arbeitgeber, schöne Erfolge erzielt worden seien. „Fast alle Kriegsbeschädigten haben, sofern sie guten Willens waren, in das Erwerbsleben wieder eingereiht werden können.“ In Zukunft müsse aber, fährt der Aufruf fort, die Einstellung der Kriegsbeschädigten in die Arbeit vor sich gehen und deshalb sei folgendes zur Beachtung nötig: Jeder Arbeitgeber müsse bei der Beschäftigung von Arbeitsstellen an unsere Kriegsbeschädigten denken, denen als Vaterlandsverteidiger schuldiger Dank gebühre. Und dann müsse der Grundsatz befolgt werden: „Jeder Mann an den ihm zukommenden Arbeitsplatz.“ Das bedeuete im Interesse der Kriegsbeschädigten folgendes:

„Kein Gesunder darf an einem Arbeitsplatz stehen, den ein geeigneter Schwerkriegerbeschädigter ausfüllen kann, insbesondere darf kein Mann mit zwei gesunden Händen in Zukunft für einen Arbeitsposten verwendet werden, der mit einer Hand, nötigenfalls unter Mitverwendung einer künstlichen Arbeitshand versehen werden kann. Kein Kriegsbeschädigter darf eine Stelle erhalten, die ein zur Behebung der Stelle geeigneter schwerer Beschädigter noch ausfüllen kann. Vor allem aber müssen die Arbeitgeber auch die innerlich erkrankten Kriegsbeschädigten nicht vergessen.“

Das sind insofern interessante Ratschläge, als sie auf amtliche Erfahrungen beruhen und weil sie wichtige Wege weisen. Der Aufruf setzt in Einzelheiten genau auseinander, inwiefern ein Armautputierter meist schwerer beschädigt sei als ein Beinamputierter und deshalb entsprechend berücksichtigt werden müsse.

„Eine Stelle, die z. B. vollständig mit dem Gebrauch nur einer Hand ohne Zuhilfenahme einer Ersatzhand versehen werden kann, muß solchen Kriegsbeschädigten vorbehalten werden, die unter allen Umständen auf den Gebrauch einer Hand angewiesen sind und wegen der Art der Amputation oder weil die andere Hand gelähmt ist, mit einer künstlichen Arbeitshand nicht arbeiten können. Eine solche Stelle darf auch nicht einem leichter unterzubringenden Beinbeschädigten mit zwei gesunden Händen übertragen werden.“

Der Landeshauptmann ermuntert ferner die Arbeitgeber, sich durch gelegentliche Mißerfolge oder durch manchmal vorhandenen schlechten Willen keineswegs nicht entmutigen zu lassen. Dann aber sei noch folgendes sehr angebracht und das ist eine wichtige Mahnung an die Großunternehmer: In jedem größeren Betriebe solle ein Angestellter besonders mit dem Studium der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge und der vielseitigen Verwendungsmöglichkeit von Beschädigten zu beauftragen sein und durch

diesen Beamten solle man die für Kriegsbeschädigten geeigneten Stellen im Betriebe herausfinden lassen. Solche Stellen müßten dann, auch wenn sie zurzeit noch mit Gesunden besetzt sind, von diesen nach Möglichkeit geräumt und freigemacht werden.

Ganz sicher: Wenn nach diesen Ratschlägen verfahren wird, wenn recht viele Arbeitgeber und Betriebsleiter diese Mahnungen befolgen, wobei jedoch die gefunden Arbeiter nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden dürfen, dann können noch viele Tausende Kriegsbeschädigter mehr als bisher der Volkswirtschaft erhalten werden.

Damit das aber geschehe, ist es notwendig, daß die aus ihren Erfahrungen gewonnenen Ratschläge der rheinischen Arbeitgeber in weitesten Kreisen der Arbeitgeberchaft Deutschlands bekannt werden. Dazu beizutragen, ist der Zweck dieser Zeilen. R. A.

Aus unserem Beruf.

Zur Nachahmung empfohlen! Leipzig. Das gesamte Buchbinderpersonal der Buchdruckereifirma Bobach u. Co. erhellt diese Tage von der Firmenleitung ein Anschreiben folgenden Inhalts:

Einmaliger Kriegsausbruch zur Beschaffung von Heizmaterial für den Winter.

Da uns bekannt ist, daß eine sehr große Preissteigerung für Kohlen und Briketts eintreten wird, so empfehlen wir Ihnen dringend, rechtzeitig Ihren Winterbedarf einzukaufen. — Um Ihnen dies zu erleichtern, geben wir Ihnen in der Anlage hierzu eine Weisheit.

Berlin-Leipzig, im Oktober 1916.

Bobach u. Co.

Mit diesem Anschreiben erhielten unsere Berufsangehörigen, 2 Kollegen und 58 Kolleginnen, sämtlich organisiert, je 20 Mk.

Arbeitslosenstatistik. Für unsere für die Berichterstattung an das Statistische Amt bestimmte Erhebung über Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbezug im 3. Quartal 1916, mit welcher zugleich auch die 11. Arbeitslosenstatistik der Generalkommission verbunden war, haben die Verwaltungen der Zahlstellen in Bromberg, Freiburg i. B., Hanau, Kottbus und Muhlha trotz erfolgter Mahnung die Berichtsbogen nicht rechtzeitig eingekandt. Diese 5 Zahlstellen mit zusammen 46 männlichen und 55 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschilderten Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 113 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 5949 männlichen und 11110 weiblichen, insgesamt also 17059 Mitgliedern waren am Stichtage, dem 30. September, 73 männliche und 620 weibliche am Orte befindliche, sowie 6 durchreisende, insgesamt also 699 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 1,3, bei den weiblichen 5,6 und bei beiden zusammen 4,1 Arbeitslose. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist also gegenüber dem Vormonat, mit 4,5 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 1,1 bei den männlichen und 6,4 bei den weiblichen —, bei letzteren, wie auch im ganzen, wieder ein geringer geworden, während für die männlichen Mitglieder eine kleine Zunahme der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen ist.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges.

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Stelle befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder				
	m.	w.	ausf.	1915 1914 1913				
	m.	w.	ausf.	m.	w.	ausf.		
August	202	1592	1794	2,7	14,4	9,7	89,9	3,7
September	167	1489	1656	2,5	13,9	9,5	34,1	3,0
Oktober	148	1335	1483	2,2	12,2	8,4	24,0	2,8
November	109	1181	1300	1,8	10,9	7,4	17,2	2,0
Dezember	144	906	1050	2,3	8,6	6,2	13,8	3,2
							1916	1914
Januar	118	940	1058	1,9	8,9	6,3	12,8	3,4
Februar	128	988	1116	2,1	9,1	6,5	9,6	3,5
März	95	817	912	1,6	7,5	5,4	8,2	3,0
April	119	705	878	1,8	7,0	5,1	10,0	2,9
Mai	99	808	907	1,6	7,2	5,2	10,4	2,9
Juni	122	777	899	2,0	7,0	5,2	10,6	3,5
Juli	125	807	932	2,0	7,1	5,3	10,7	3,7
August	71	722	793	1,1	6,4	4,5	9,7	30,9
September	79	620	699	1,3	5,6	4,1	9,5	34,1

Im ganzen abgelaufenen Quartal wurden in den 113 Gauen und Zahlstellen, aus denen Berichte vorliegen, insgesamt 2551 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 57436 Arbeitslosen-tagen gemeldet. Arbeitslosenunterstützung wurde an 784 Mitglieder für 12758 Tage gezahlt.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 3. Quartal 1916.

Gau	Zahl der Mitglieder			Zahl der Arbeitslosen				Zahl der Arbeitslosen-Unterstützung wurde gezahlt	Jeder Arbeitslosen-fall dauerte Tage	Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit					
				im ganzen Quartal Fälle		am letzten Stichtag				männl.	weibl.				
	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	im ganzen Quartal	am letzten Stichtag						
1	1648	3460	5108	253	959	22	123	11 167	249	3 906	4 583	7,1	9,5	2,3	2,8
2/3	62	12	74	2	—	—	—	89	3	39	54	14,0	—	2,7	—
4	98	309	407	—	15	1	8	318	10	137	153	—	18,7	3,7	2,2
5	100	132	232	2	7	—	3	288	3	70	53	9,5	38,4	3,0	1,2
6/7	360	890	1250	48	183	2	54	5 627	63	1 120	1 395	11,2	36,7	14,9	4,5
8	327	270	597	11	18	1	3	850	22	342	465	20,2	47,2	4,0	0,7
9	283	327	610	11	97	4	76	6 893	17	229	208	39,9	66,5	17,7	13,1
10	324	150	474	18	13	2	6	1 169	30	232	323	23,3	51,9	6,5	1,7
11/12	206	135	341	4	10	4	4	465	14	193	198	26,0	32,0	4,1	2,3
13/18	1 598	3 381	4 979	77	486	38	223	19 671	255	5 044	7 340	32,2	35,3	11,3	5,2
14/15	575	594	1 169	36	125	3	25	1 768	40	588	860	11,4	10,5	13,8	2,4
16	146	642	788	5	110	1	87	8 265	40	444	421	29,4	73,6	14,6	11,2
17	222	808	1 030	11	70	1	8	1 251	35	414	417	17,5	14,8	7,9	0,9
Zusammen außerdem*	5949	11 110	17 059	508	2043	79	620	57 771	784	12 758	16 350	13,8	24,7	15,0	4,1
Summa	5 995	11 165	17 160									22,5			
2. Qu. 1916	6 227	11 091	17 318	385	1569	122	777	78 553	763	13 421	15 765	21,7	41,4	11,3	5,2
3. „ 1915	6 800	10 676	17 476	1199	3717	167	1489	117 744	1573	28 646	29 249	87,5	10,5	28,1	9,5
3. „ 1914	13 149	15 188	28 337	7754	8095	4455	5194	577 749	13899	400 925	290 677	23,9	36,5	55,7	34,1
3. „ 1913	16 770	16 596	33 366	2048	1457	648	863	71 409	8511	45 559	61 723	18,2	10,5	10,5	3,0

* In den 5 Spalten, die nicht berichtet haben.

So daß wieder für 44 678 Tage oder 77, 8 Proz. der gesamten Arbeitslosentage, keine Unterstüzung gezahlt werden konnte, weil die betreffenden Mitglieder noch nicht bezugsberechtigt oder infolge langer Arbeitslosigkeit ausgeteuert waren. Von den am letzten Stichtag am Ort und auf der Reise gezählten 79 männlichen und 620 weiblichen Arbeitslosen waren nur 39 bzw. 116 zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelaufenen Quartal 15 Fälle von Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich 22,5-tägiger Dauer. Die Zahl der Arbeitslosenfälle hat gegenüber dem vorigen Quartal eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren, während dagegen die durchschnittliche Dauer des einzelnen Falles wesentlich geringer ist.

Ueber den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gaubezirken unseres Verbandes gibt obenstehende Tabelle eine Uebersicht.

Danach waren für das ganze Quartal prozentual berechnet die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen in den Gauen 1 (Berlin), 9 (Eisenberg), 6/7 (Hamburg-Altona), 16 (Nürnberg-Fürth), 14/15 (Pforzheim und Lahr) und 12 (Grimma, Wurzen, Chemnitz und bei den Einzelmitgliedern), während am letzten Stichtag der größte Prozentjah an Arbeitslosen, wie schon während der ganzen Kriegsdauer, in den Gauen 9 (Eisenberg) und 16 (Nürnberg-Fürth) vorhanden war, weil die dort vorherrschende Eis- und die Zugspapierbranche immer noch am meisten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Bei verkürzter Arbeitszeit und dadurch natürlich auch bedingtem geringeren Verdienst, arbeiten nach den vorliegenden Berichten in der Woche vom 24. bis 30. September 199 männliche und 506 weibliche Mitglieder. Das ist etwa der gleiche Stand, wie er durch die Aufnahme am Schluß des zweiten Quartals nachgewiesen wurde. Berlin hat über den Umfang des Verkürzarbeitens leider auch diesmal wieder keine Angaben gemacht.

An Arbeitslosenunterstützung sind im dritten Quartal insgesamt 16 350 M. zur Auszahlung gelangt, gegen 15 765 M. im zweiten und 17 076 M. im ersten Quartal dieses Jahres. Für Krankenunterstützung wurden im dritten Quartal 13 419 M., für Hinterbliebenenunterstützung 4002 M. und für sonstige Unterstühtungen noch 1505 M. verausgabt. Von diesen insgesamt 35 306 M. Unterstühtungsausgaben entfallen 3311 M. auf die Lokalfassen.

Außerdem wurden für Unterstühtungen an die Kriegsteilnehmer und deren Familien, sowie für Liebesgaben, noch 5319 M. aufgewendet, davon der größte Teil mit 4984 M. auf Rechnung der Lokalfassen ging.

Zum Geeresdienst sind im Monat September weitere 272 Mitglieder eingezogen. Insgesamt sind damit seit Beginn des Krieges 9032 Mitglieder zum Militär abgemeldet, während 489 Mitglieder schon vor Kriegsausbruch aktiv dienten. Abzüglich der 664 Gefallenen und der inzwischen als vom Militär entlassen wieder Zurückgemeldeten stehen zurzeit 8114 unserer Mitglieder beim Militär.

Die Frau unseres kürzlich verstorbenen früheren Verbandsvorsitzenden Adam Dietrich ist ihrem geliebten Manne gar bald in den Tod gefolgt. In der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober beschloß der unerwartliche Tod ihr in letzter Zeit von schwerer Krankheit heimgejuchtes Dasein. Möge auch sie der Ruhe von allem irdischen Leid genießen.

Von unseren ihrer Geerespflicht genügenden Angestellten. Kollege Eskar Wegler, Angestellter in Chemnitz, wurde im September durch Granatsplitter verwundet, ist aber ziemlich wieder hergestellt, da nur eine große Fleischwunde in Betracht kam.

Kollege Friedrich Weinläder in Nürnberg, der in der Feldpost beschäftigt war, ist bis zum 15. Dezember beurlaubt worden und verfährt bis dahin wieder Geschäfte der Zahlstelle Nürnberg-Fürth und des 16. Gaus.

Ein schauerlicher Streit im Buchbinderwerkmeister-Verband hat sich zwischen dessen beiden Ortsgruppen in Berlin und Leipzig darüber entsponnen, ob es richtig war, daß die Berliner Werkmeister im Frühjahr dieses Jahres zu ihrer Versammlung, die über Forderungen betreffs Feuerungszulagen für die Werkmeister beraten sollte, auch Vertreter der Gehilfenchaft eingeladen hatten. Dagegen wendeten sich die Leipziger Werkmeister, indem sie erklärten, sie bedürften der Beihilfe der Gehilfen nicht, während die Berliner Werkmeister meinen, jenes sei um deswillen notwendig gewesen, um reflektierende Gehilfen von den Posten etwa gemäßigter Werkmeister fernzuhalten und davon abzuhalten, unter dem angeführten Werkmeister-Minimallohn zu arbeiten. Wir finden die Meinung der Berliner Werkmeister nicht nur durchaus verständlich, sondern auch durchaus im Rahmen ihrer Bestrebungen passend, während uns die Leipziger Anschauung bezüglich der der eigentlich etwas veralteten Düsseldorf-Hingewandenen scheint, wonach die Werkmeisterbewegung mit der Gewerkschaftsbewegung keine Verbindungspunkte hätte. Man darf wohl von den hellen Sächsen erwarten, daß sie ihre Ansicht bald etwas berichtigen werden, trotz des jetzt noch andauernden postlernden Scheltens auf ihre Berliner Kollegen.

Ein weiblicher Buchbindergehilfe, Fräulein Erna Maier aus St. Georgen, bestand in Stuttgart bei der Gesellenprüfung mit der Bezeichnung „gut bis recht“ gut.

Korrespondenzen.

Berlin. Aus der Album-, Mappen- und Galanteriebranche. Die tiefe Inangriffbarkeit, die sich in letzter Zeit unter den Beschäftigten unserer Branche bemerkbar macht, ist nicht grundlos. Einerseits gibt die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise, andererseits die in keinem Verhältnis zu den teuren Zeiten auffallend niedrige Entlohnung berechtigten Anlaß hierzu. Die Friedenslöhne, die tariflich im Jahre 1911 mit der Berliner Bedervereinigung vereinbart wurden, sind tatsächlich nur das mindeste, was Arbeiter und Arbeiterinnen gebrauchen, um in normalen Zeiten sich notdürftig über Wasser zu halten. Mit

einem Stundenlohn von 66 Pf. für männliche und 40 Pf. für weibliche Arbeitskräfte konnte man wirklich nicht durch Ersparnisse für arbeitslose Zeiten vorbeugen, sondern man lebte, wie man zu jagen pflegt, von der Hand in die Hand.

Die vielfachen Verhandlungen mit den Arbeitgebern, um ihnen verständlich zu machen, daß die im Jahre 1911 festgesetzten Löhne nur Minimallöhne und nur für mittelmäßige Arbeitskräfte berechnet seien und deshalb auch die qualifizierten Arbeiter höher als mit den Minimallöhnen entlohnt werden müßten, führten zu keinem Ergebnis, weil die Herren Arbeitgeber der Ansicht sind, daß Minimallöhne für sie das Höchste sind, was sie zahlen können. Der Hinweis, daß mit Akkordarbeit mehr zu verdienen sei, trifft auch nur vereinzelt zu, denn tatsächlich haben wir eine ganze Anzahl Akkordarbeiter, die im Jahresdurchschnitt selten den vorgeschriebenen Tariflohn verdient haben. Der Grund hierfür liegt auch klar zu Tage, denn die vor dem Jahre 1911 bestehenden Akkordpreise sind einer Durchsicht nicht insofern unterzogen worden, daß auf alle Artikel mindestens 66 Pf. Stundenlohn verdient werden muß.

Die Forderung, die Minimalstunden- und Akkordlöhne zu erhöhen, ist nicht unbedeutend und unerfüllbar, weil ein guter Beschäftigungsgrad und starker Bedarf an Galanterieartikeln ihnen Gelegenheit gegeben hat, ihre Läger selbst von den ältesten Ladenhütern zu befreien.

Der Tarifablauf in diesem Jahre gab nun willkommene Gelegenheit, Verhandlungen bei dem Vorstand der Fabrikantenvereinigung zu beantragen, um die Aufbesserung der Löhne zu verlangen. Das recht magere Ergebnis — 10 Proz. Feuerungszulage — ist ja bekannt; ein Tropfen auf den heißen Stein! Wei weitem nicht deckt diese geringe Lohnaufbesserung die Preissteigerung, die kein Ende nehmen will, sondern im Gegenteil immer höhere Dimensionen annimmt, so daß der Wunsch berechtigt ist, erneut Lohnaufbesserung in Form von erhöhten Feuerungszulagen zu verlangen.

Eine Ende August von der Branchenleitung einberufene Zusammenkunft beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und zeitigte das Ergebnis, daß die Branchenleitung beauftragt wurde, den Fabrikanten die Forderung um Erhöhung der Feuerungszulagen zu unterbreiten. Das Antwortschreiben lautete glatt ablehnend. Interessant ist es insofern aber noch, weil darin gesagt wird, eine Aenderung der Verhältnisse habe nicht stattgefunden, nur den Herren Arbeitgebern gebe es sehr schlecht. Wir können letzteres nicht in das Gegenteil verwandeln, können aber mit ebenso gutem Gewissen behaupten, daß es uns auch nicht gut geht! Die Artikel haben im allgemeinen 70 Proz. Aufschlag erfahren und nicht unbedeutend ist es da, wenn wir an diesem Aufschlaglegen teilnehmen und unsere traurige Lage verbessern wollen.

Die Klagen der Herren Arbeitgeber, daß ja gar keine geübten Kräfte vorhanden seien, würden auch verstimmen, wenn etwas mehr freiwilliges Entgegenkommen betriebs Bezahlung stattfinden würde. Geradezu verjagt aus der Branche werden ja damit tüchtige, eingearbeitete Kräfte, die in anderen Berufen unterzukommen suchen. Und nur dem Umstande haben es die Arbeitgeber zu verdanken, daß die Flucht nicht größer ist, weil es nicht ganz so einfach ist und nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, seinen Beruf aufzugeben, um wieder etwas anderes anzufangen. Doch Hunger tut weh. Ist es doch in einzelnen Betrieben gang und gäbe, daß Arbeit mit nach Hause genommen wird, um mit Hilfe der Familie seinen Verdienst aufzubessern. Und dies geschieht etwa nicht heimlich, sondern mit Wissen und Willen der Arbeitgeber. Solche Zustände sind auf die Dauer unerträglich und führen zum völligen Ruin der Branche. Die Herren Arbeitgeber sollten es sich doch überlegen, ob es nicht ratsam ist, etwas mehr Verständnis für die soziale Lage ihres Arbeitspersonals zu zeigen, als durch unverständliches Beharren auf verkehrtem Standpunkt ihre Betriebe langsam, aber sicher von geübten Arbeitskräften zu entblößen und so den Untergang der Branche zu beschleunigen.

Das ablehnende Schreiben der Fabrikanten beschäftigte eine am 4. Oktober stattgefundene gut besuchte Branchenversammlung, in der der Beschluß gefaßt wurde, trotzdem in den einzelnen Betrieben um Erhöhung der Feuerungszulagen mit allem Nachdruck vorstellig zu werden.

Die Frauenarbeit, die ja auch schon seit jeher in unserer Branche stark eingeführt ist, hat während der Kriegsjahre noch zu einer Vermehrung geführt, die für unsere Kollegen in der Zukunft recht bedenklich erscheint. Die tarifliche Bestimmung: für gleiche Arbeit gleichen Lohn ist selten durchgeführt, und so wird der angebliche Gehilfenmangel als willkommene Gelegenheit erfaßt und sogar Frauen an Maschinen beschäftigt, aber der hierfür festgesetzte Gehilfenlohn wird nicht bezahlt. Aller Einspruch der Branchenleitung nicht bezählt, alles wird mit dem angeblichen Gehilfenmangel begründet, der aber gar nicht bestehen würde, wenn die Einsicht vorhanden

